

Ende November dieses Jahres hat der **Bundesrat** dem von der **Regierung** auf den Weg gebrachten **Gesetz zur Restrukturierung und geordneten Abwicklung von Banken** zugestimmt. Es soll wie vorgesehen am 1. Januar 2011 in Kraft treten. Neben Privatinsti- tuten müssen auch **Spar- kassen** und **Genossenschaftsbanken** ab kommemdem Jahr die darin vorgesehene Bankenabgabe zahlen. Das Gesetz soll der Finanzaufsicht ermöglichen, frühzeitig bei Schieflagen von Banken einzugreifen. Not- falls können Kreditinstitute auch zerschla- gen werden. Um bei künftigen Krisen nicht wieder auf Steuermittel angewiesen zu sein, sollen Banken künftig in einen **Re- strukturierungsfonds** einzahlen. Das Bun- desfinanzministerium beziffert den erwar- teten jährlichen Erlös der Bankenabgabe auf rund 1,3 Milliarden Euro. Dieser Topf soll über Jahrzehnte auf ein Volumen von 70 Milliarden Euro anwachsen. Die Förder- banken des Bundes und der Länder bleiben von dem Fonds ausgeschlossen.

Nachdem die Annahmefrist für das freiwillige öffentliche Übernahmeangebot der **Deutsche Bank AG**, Frankfurt am Main, vom 7. Oktober 2010 an die Aktionäre der **Deutsche Postbank AG**, Bonn, zum Erwerb sämtlicher von ihnen gehaltener Anteil- schein für 25,00 Euro je Aktie Anfang November dieses Jahres abgelaufen ist, be- findet sich ein Paket von 51,98 Prozent der Stimmrechte im Besitz des Frankfurter Geldhauses. Insgesamt wurden damit rund 22 Prozent der Anteile an der Postbank angedient. Im Zuge eines mit der Deut- schen Post vereinbarten Put-/Call-Options- geschäfts sowie einer Pflichtwandellanleihe erhält die Deutsche Bank in den kommen- den zwei Jahren zusätzliche 39,5 Prozent der Anteile, womit ihr Anteil auf mehr als 90 Prozent steigen wird. Um eine Fusions- kontrolle in den USA und damit eine mög- liche Verzögerung der Transaktion zu um- gehen, gibt das Frankfurter Institut einen Teil der Postbank-Aktien weiter. Sobald diese Anteile von der Tochter DB Equity S.à.r.l. und der Société Générale geführt werden, soll die direkte Beteiligung vorerst wieder auf unter 50 Prozent sinken. Die Konsolidierung des Bonner Instituts erfol- ge noch im laufenden Jahr 2010.

Die **Deutsche Postbank** verkauft ihre indi- sche Baufinanzierungs-Tochtergesellschaft **Deutsche Postbank Home Finance Ltd. (DPHFL)** an ein Erwerberkonsortium um die **Dewan Housing Finance Ltd.** Der

## 27. November 2010 bis 7. Dezember 2010

Kaufpreis liege in einer Größenordnung von 10,54 bis 10,79 Milliarden indischer Rupien (umgerechnet rund 173 bis 177 Millionen Euro). Der Käufer will das Ge- schäftsmodell der DPHFL weiterführen. Letztere kam mit der Übernahme der **BHW Holding AG** im Jahr 2006 zur Postbank- Gruppe. Das Unternehmen wurde im Jahr 1995 gegründet und ist auf dem indischen privaten Baufinanzierungsmarkt tätig. DPHFL weist eine Bilanzsumme von 831 Millionen Euro aus, wovon der überwiegen- de Teil auf die Baufinanzierung entfällt. Der Abschluss der Transaktion wurde für das erste Quartal 2011 in Aussicht gestellt.

Ihre gesamte Wertpapierabwicklung lagert die **BHF-Bank AG**, Frankfurt am Main, an die **Deutsche Wertpapier-Service Bank (DWP Bank)**, Frankfurt am Main, aus. Eine entsprechende Absichtserklärung wurde bereits unterzeichnet, der endgültige Abschluss der Transaktion werde zeit- nah angestrebt. Die Migration der Wert- papierdepots auf die Systemplattform der Transaktionsbank soll im Jahr 2011 erfol- gen.

Die auch im Bankgeschäft tätige **italieni- sche Post** hat ein Kaufangebot für die zur Bankengruppe **Unicredit** gehörende **Me- diocredito Italiano** vorgelegt. Angaben zur Höhe der Offerte wurden nicht ge- macht. Ziel der Post sei es, zusammen mit **ICCREA Holding**, einem Gemeinschafts- unternehmen der lokalen **Kooperativban- ken (BCC)**, eine Förderbank für Süditalien aufzubauen. Post und BCC kommen in Süditalien gemeinsam auf rund 5 700 Fili- alen. Das Vorhaben „Banca per il Sud“ wur- de vom italienischen Finanzministerium angeregt.

Ratingagenturen in der Europäischen Uni- on sollen ab kommemdem Jahr von der europäischen Wertpapieraufsicht **ESMA** beaufsichtigt werden. Damit geben die na- tionalen Aufsichtsbehörden die Überwa- chung vollständig an die Pariser Behörde ab, die im Januar 2011 ihren Betrieb auf- nimmt. Unter anderem kann diese zukünf- tig eine Strafe von bis zu 20 Prozent des Umsatzes der Filiale einer Agentur verhän-

gen, wenn diese sich nicht an in der EU geltendes Recht hält.

Die italienische Großbank **Unicredit** will im Laufe der nächsten fünf Jahre rund 900 Filialen in Mittel- und Osteuropa eröffnen. Der Fokus werde dabei auf Russland, Polen und der Türkei liegen. Für die Expansion wird keine Kapitalerhöhung für notwendig gehalten.

Ab dem Jahreswechsel bietet der französi- sche Abwickler **Caceis** sein gesamtes Dienstleistungsangebot auf dem deutschen Markt an. Das Angebot der **Crédit-Agri- cole**-Tochter umfasst unter anderem den Zahlungsverkehr, das Wertpapierclearing und die Fondsadministration. Caceis ist seit dem Jahr 2007 im hiesigen Markt aktiv, als die Wertpapierabwicklung der Münchener **Hypovereinsbank** übernommen wurde.

Der Münchener Großkonzern **Siemens** hat von der Bundesanstalt für Finanzdienst- leistungsaufsicht (BaFin) die Erlaubnis zum Betreiben von Bankgeschäften in Deutsch- land erhalten. Die neue **Siemens Bank GmbH** soll mit Krediten und Garantien das Produktspektrum der Financial-Services- Einheit von Siemens insbesondere im Be- reich der Absatzfinanzierung erweitern. Das Institut richtet sein Angebot vor allem an Unternehmen, die öffentliche Hand und Projektgesellschaften, Produkte für Privat- kunden sollen nicht angeboten werden. Die Siemens Bank wird ihren Sitz in München haben. Zusätzlich zum Kredit- und Garan- tiesgeschäft soll sie auch Einlagengeschäft für Konzerngesellschaften und ausgewähl- te institutionelle Dritte betreiben sowie Dienstleistungen rund um das Risikoma- nagement und Risikocontrolling für den Siemens Konzern und für externe Kunden übernehmen. Das Institut ist zunächst aus- schließlich in Deutschland vertreten, die Aufnahme grenzüberschreitender Tätigkei- ten sei aber geplant. Es wird als hundert- prozentige Tochter der Siemens AG geführt (siehe auch Personalien in diesem Heft).

Zum 1. Januar 2011 übernimmt die **M.M. Warburg & CO KGaA**, Hamburg, von der Sparkasse Bremen die restlichen 49 Prozent am **Bankhaus Carl F. Plump & Co.** Bereits seit 1999 hält Warburg 51 Prozent der Ge- sellschaftsanteile an dem Bremer Institut. Die 1828 gegründete Privatbank richtet ihr Angebot an vermögende Privatkunden, ins- titutionelle Anleger und ausgewählte mit- telständischen Unternehmen. ■■■■■